

upgrade
democracy



September, 2024

Zeit zu handeln: Desinformation begegnen, um Demokratie zu stärken

10 Ideen, wie sich die Herausforderung durch Desinformation
verringern lässt

Cathleen Berger | Kai Unzicker



Impressum

© Bertelsmann Stiftung, 09/2024

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann Straße 256

33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich für den Inhalt

Cathleen Berger

Senior Expert

+49 30 275788-154

cathleen.berger@bertelsmann-stiftung.de

Kai Unzicker

Senior Project Manager

+49 5241 81-81405

kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

Gestaltung

nach morgen

Zitationsvorschlag

Berger, C. und Unzicker, K. (2024) Zeit zu handeln: Desinformation begegnen, um Demokratie zu stärken. 10 Ideen, wie sich die Herausforderung durch Desinformation verringern lässt. Bertelsmann Stiftung.

© Titelfoto: Montage/royyimzy - stock.adobe.com

Zeit zu handeln: Desinformation begegnen, um Demokratie zu stärken

10 Ideen, um die Herausforderung der Desinformation zu minimieren

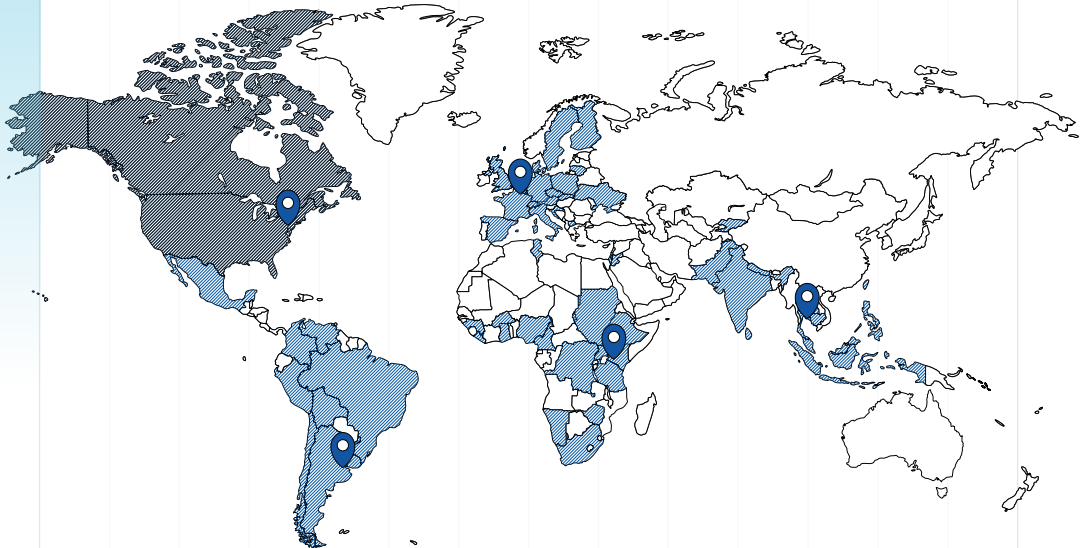
Von Cathleen Berger und Kai Unzicker, mit Dank an die kollektiven Beiträge von Charlotte Freihse, Dominik Hierlemann, Joachim Rother, Julia Tegeler sowie Unterstützung von Jutta Pohl und Susen Schildmann-Knaak.

Im Superwahljahr 2024, in dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung an die Wahlurnen gerufen wurde oder wird – darunter in Indien, Indonesien, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten – hat die Verbreitung von Desinformation neue Höhen erreicht.^{1 2 3} Gleichzeitig sind sich die Menschen dessen bewusster als je zuvor. Viele zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit von Informationen im Internet⁴ und betrachten die Verbreitung von Desinformation als erhebliche Bedrohung für Demokratie und sozialen Zusammenhalt.⁵ Auch wenn unklar bleibt, inwieweit Desinformation tatsächlich Wahlergebnisse beeinflussen kann, mehren sich die Hinweise, dass sie messbare negative Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, politische Entscheidungen und demokratische Prozesse hat.⁶ Desinformation schürt Unsicherheit und verstärkt Polarisierung.^{7 8}

In den letzten zwei Jahren hat die Bertelsmann Stiftung die Herausforderungen und Dynamiken rund um Desinformation aus verschiedenen Perspektiven untersucht. In diesem Impulspapier stellen wir unsere 10 wichtigsten Empfehlungen vor, um die Resilienz zu erhöhen, Desinformation einzudämmen und die Demokratie zu stärken.

Upgrade Democracy

Ende 2022 ins Leben gerufen, war unser Ziel, aufzuzeigen, wie Desinformation die Demokratie gefährdet, weltweit Initiativen zu identifizieren und zu unterstützen, die Desinformation wirksam eindämmen, und Empfehlungen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Demokratien zu entwickeln. Unsere repräsentativen Umfragen, politische Impulse, Erkenntnisse aus einem strategischen Vorausschauprozess sowie internationale Forschungsprojekte, die Expertenworkshops in Kenia, Thailand, Argentinien, den USA und Belgien umfassten, sind auf upgradedemocracy.de verfügbar.



230+ Initiativen | 60+ Länder | 100+ Expert:innen | 5 Regionalworkshops

1 Verankert in globalen Dynamiken: Nationale Strategien gegen Desinformation müssen internationale Erfahrungen stärker berücksichtigen

Demokratie und öffentlicher Diskurs werden oft durch eine nationale Brille betrachtet – und das aus gutem Grund. Ebenso werden Strategien gegen Desinformation meist von nationalen Kontexten und spezifischen innerstaatlichen Bedingungen geprägt. Doch Desinformation verbreitet sich zunehmend auf global agierenden Social-Media-Plattformen und Messenger-Diensten, die in privater Hand sind. Dies ermöglicht sowohl böswillige Beeinflussung und Manipulation sowohl im Inneren als auch aus dem Ausland. Um demokratische Prozesse zu schützen und Versuche, die öffentliche Meinung zu manipulieren, einzudämmen, dürfen Gegenmaßnahmen nicht isoliert ergriffen werden.

Autoritäre Regime intervenieren nicht nur direkt in Europa oder Nordamerika, um ihre Interessen durchzusetzen, sondern treiben auch in anderen Weltregionen Narrative voran.⁹ Maßnahmen, die in Europa als wirksam und angemessen erscheinen, werden oft in anderen Regionen adaptiert und missbraucht – mit der Begründung, was in der EU legal sei, könne auch anderswo nicht falsch sein. Zudem kann eine stärkere Plattformregulierung in einer Region dazu führen, dass Ressourcen umverteilt werden, etwa indem die Inhaltsmoderation in Europa intensiviert und in anderen Teilen der Welt reduziert wird.

Dies verdeutlicht, dass der Kampf gegen Desinformation nicht nur aus einer nationalen (oder gar EU- oder OECD-) Perspektive betrachtet werden kann. Staatliche Strategien müssen diese globalen Zusammenhänge berücksichtigen, um sicherzustellen, dass Maßnahmen weltweit koordiniert und ethisch verantwortungsvoll angewendet werden.

2 Klarheit schaffen: Unabhängige Forschung zu digitalen Plattformen und Online-Diskursen ausweiten und koordinieren

Trotz der intensiven Debatte über Desinformation, Online-Propaganda und die gezielte Manipulation des öffentlichen Diskurses bleibt die Faktenlage oft unklar und anekdotisch. Ein wesentlicher Grund dafür ist der mangelnde umfassende Zugang zu Plattformdaten für Forschende, Journalist:innen und NGOs sowie unzureichende technische und personelle Ressourcen für fundierte Analysen. Wo jedoch Untersuchungen Licht ins Dunkel gebracht haben, zeigen sich deutliche Hinweise auf systematische, strategische und großangelegte Versuche böswilliger Einflussnahme.

Mit dem Digital Services Act (DSA) wurden – zumindest in Europa – die Grundlagen für einen breiteren Datenzugang gelegt. Allerdings bleibt dieser Zugang auf ausgewählte Gruppen beschränkt, und außerhalb Europas gestaltet sich die Situation weiterhin schwierig. Es ist entscheidend, klare Vorgaben für Plattformbetreiber zu schaffen und die notwendige technische Infrastruktur zu entwickeln, um tiefgehende Analysen zu ermöglichen. Gleichzeitig muss eine robuste Forschungsinfrastruktur aufgebaut werden, die fortlaufende, Echtzeit-Analysen und Risikobewertungen durchführen kann.

Dies kann nur durch eine kollaborative Herangehensweise erreicht werden – sowohl zwischen verschiedenen Sprachregionen als auch plattformübergreifend. Die Vernetzung und Zusammenarbeit dieser Akteure ist daher von größter Bedeutung. Darüber hinaus muss ein globaler Lernprozess angestoßen werden, um Methodologien zu teilen und gemeinsame Themen zu erforschen.

3 Qualitätsjournalismus fördern: Nachhaltige Strategien für vielfältigen und unabhängigen Journalismus

Desinformation gedeiht dort, wo professioneller Journalismus in Schwierigkeiten steckt. Wenn Journalist:innen die Ressourcen und Möglichkeiten haben, ihre Arbeit gut zu machen, Qualitätsstandards einzuhalten und die Öffentlichkeit zu erreichen, wird die Manipulation der öffentlichen Meinung deutlich erschwert. Doch der Journalismus weltweit befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel und steht in vielen Regionen vor schweren Krisen. Wirtschaftliche Modelle, die über Jahrzehnte hinweg funktioniert haben, brechen zusammen, soziale Medien und KI-gesteuerte Plattformen schaffen neue Konkurrenz, und in zahlreichen Ländern schränken illiberale oder autoritäre Regierungen die Pressefreiheit ein.

Es sind daher Anstrengungen erforderlich, um den Fortbestand und die Vielfalt des Journalismus in der Zukunft zu sichern. Ob unabhängig öffentlicher Journalismus, privatwirtschaftliche Medien oder gemeinwohlorientierte zivilgesellschaftliche Initiativen – alle können aktiv zu einem gesunden Informationsökosystem, produktiven politischen Diskursen und stärkeren Demokratien beitragen. Sie tun dies, indem sie politische Handlungen kritisch überwachen, Transparenz gewährleisten und eine Pluralität von Meinungen widerspiegeln. Dies muss Priorität haben – für politische Entscheidungsträger, die Medien und die Bürger gleichermaßen.

4 Zukunftskompetenzen: Medien- und Demokratiekompentenz integrieren und ausbauen

Eine lebendige, liberale Demokratie hängt von einer ebenso dynamischen und liberalen öffentlichen Sphäre ab, in der sich Bürger:innen

informieren, Meinungen bilden, an Debatten beteiligen und durch Diskurs gemeinsam die Gesellschaft voranbringen. Medienkompetenz und politische Bildung – insbesondere Demokratiekompetenz – sind untrennbar miteinander verbunden und für diesen Prozess unerlässlich.

Kritisches Denken, demokratische Werte und Medienkompetenz sollten zusammen und integriert vermittelt werden, über alle Schulfächer hinweg, in allen Altersgruppen sowie in allen Arbeits- und Lernumgebungen wie Bibliotheken oder Vereinen. Auch etablierte Medien sollten kontinuierlich Gelegenheiten nutzen, ihre Rolle, ihre Qualitätsstandards und das Prinzip des verantwortungsvollen Medienkonsums zu erklären. Transparenz kann nicht nur Vertrauen aufbauen, sondern ist auch entscheidend, um sich in einer sich wandelnden Informationslandschaft zurechtzufinden.

Zu verstehen, wie Medien funktionieren und wie man verantwortungsvoll und kritisch mit ihnen umgeht, ist für alle von zentraler Bedeutung. Die Verknüpfung von Medien- und Demokratiekompetenz kann Einzelpersonen stärken, sie helfen, Mehrdeutigkeit zu navigieren, und unsere Resilienz erhöhen.

5 Agieren statt Reagieren: Den Muskel, um den digitalen öffentlichen Raum zu gestalten, trainieren

Der Druck auf Demokratien nimmt zu. Die Vielzahl globaler Krisen – wie die Klimakrise, Kriege, Pandemien und wirtschaftliche Umbrüche – stellt die traditionelle Innenpolitik vor Herausforderungen und führt oft zu kurzfristigem Krisenmanagement und angsterfüllter Politik. Diese Art von Politik ist meist reaktiv. Um wieder ins Handeln zu kommen und Politik und Strategien aktiv zu gestalten, müssen wir Räume schaffen, um die Zukunft zu diskutieren und zu entwerfen. Ob durch strategische

Vorausschau, Szenarien oder andere kreative Prozesse – politische Entscheidungsträger:innen müssen sich regelmäßig in Gedankenspielen üben. Niemand kann die Zukunft vorhersagen, aber wir können lernen, Technologietrends zu entmystifizieren, gesellschaftliche Veränderungen zu antizipieren und langfristige Auswirkungen zu planen.

Technologien entstehen nicht aus dem Nichts, sie werden erdacht, erforscht, getestet und pilotiert. Wenn wir die digitale Transformation verantwortungsvoll gestalten wollen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns frühzeitig und regelmäßig engagieren: Welche Abhängigkeiten könnten entstehen? Digitale Technologien erfordern Ressourcen wie seltene Erden oder Serverkapazitäten, die Umwelt- oder geopolitische Überlegungen auslösen könnten. Wenn kritische Teile der Online-Infrastruktur in privater Hand oder sogar in Monopolen sind, entstehen Machtzentren.

Vorstellungsvermögen und das Abbilden potenzieller Pfade schaffen Raum, um heute klug zu handeln.

6 Alternativen stärken: Dezentrale, kleinere Plattformen bieten Potenzial für demokratischeren öffentlichen Diskurs

Soziale Medienplattformen sind global. Die dominierenden Akteure wie Facebook, TikTok oder YouTube sind in fast allen Teilen der Welt präsent und haben eine bemerkenswerte Reichweite. Doch die Nutzungsgewohnheiten unterscheiden sich: In einigen Regionen erreicht WhatsApp über 90% der Bevölkerung, in anderen dominiert LINE, und anderswo konkurrieren verschiedene Plattformen um den größten Marktanteil. All das zeigt: Während wir global auf die eine oder andere Weise verbunden sind, gibt es aber keinen geteilten globalen Diskurs.

Derzeit dominieren privat geführte Plattformen die Diskussionen und versuchen, globale Regeln für die Inhaltsmoderation festzulegen – wobei der Großteil ihrer Aufmerksamkeit auf die Märkte gerichtet ist, die für ihre Geschäftsinteressen am lukrativsten sind. Dies steht oft im Widerspruch zu demokratischen und befähigenden Prinzipien und berücksichtigt nicht, dass immer noch erhebliche Teile der Weltbevölkerung keinen Zugang zum Internet haben.

Es bedarf daher mehr Aufmerksamkeit und Investitionen in interoperable Diskursräume sowie Unterstützung für dezentrale, kleinere Strukturen, die miteinander vernetzt sind, aber ihre eigenen Regeln befolgen – und den Vorlieben der Nutzer:innen besser gerecht werden. Wir sollten Alternativen erkunden, die besser auf lokale Bedürfnisse und Gepflogenheiten zugeschnitten sind und dennoch technisch miteinander kommunizieren können.

7 Künstliche Intelligenz und politische Werbung: Kennzeichnungen sind das absolute Minimum

Der Aufstieg von KI-Technologien, wie generativer KI, hat die politische Kommunikation revolutioniert und ermöglicht die schnelle Erstellung von Inhalten in bisher unerreichter Menge und Raffinesse. KI-generierte Texte, Bilder und Videos – einst leicht zu erkennen – verwischen nun die Grenze zwischen echten und manipulierten Informationen und stellen erhebliche Risiken für die Wahlintegrität dar. Während die obligatorische Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten ein erster wichtiger Schritt ist, reicht dies bei weitem nicht aus.

Um den politischen Diskurs zu schützen, benötigen wir klare, durchsetzbare Richtlinien für den Einsatz von KI in Wahlkämpfen, einschließlich Transparenz bei der Erstellung und Verbreitung von Inhalten. Plattformen

müssen nicht nur KI-generiertes Material kennzeichnen, sondern auch Systeme implementieren, um die Authentizität zu überprüfen, möglicherweise mit hardwaregestützten Markern, um Inhaltsänderungen nachzuverfolgen. Darüber hinaus ist Transparenz über die Trainingsdaten und die verwendeten Prompts in KI-Tools von entscheidender Bedeutung.

Internationale Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur Bewältigung der globalen Natur von KI-gestützter Desinformation. Regierungen, Technologieunternehmen und die Zivilgesellschaft müssen gemeinsam ethische Standards festlegen, Erkennungstools verbessern und sicherstellen, dass KI in politischen Kampagnen verantwortungsvoll eingesetzt wird.

Zuletzt ist die öffentliche Sensibilisierung von entscheidender Bedeutung: Wähler:innen müssen über das Manipulationspotenzial von KI aufgeklärt werden, um wachsam gegenüber KI-generierter Desinformation zu bleiben.

8 Die Mittel rechtfertigen nicht den Zweck: Staatliches Handeln gegen Desinformation muss klare Grenzen haben (Checks and Balances)

In vielen westlichen Demokratien gibt es ein starkes öffentliches Bedürfnis nach einem aktiveren Eingreifen des Staates im Kampf gegen Desinformation. Bürger:innen erwarten, dass falsche Informationen, zusammen mit Hassreden, Beleidigungen und Bedrohungen, markiert oder entfernt werden, die Täter bestraft und soziale Plattformen stärker reguliert werden. Doch so bedeutend die Bedrohung durch Desinformation auch sein mag – sei es durch inländische oder ausländische Akteure –, müssen Regierungen und staatliche Behörden beim Um-

gang mit diesem Thema vorsichtig vorgehen. Wie viel Freiheit sind wir bereit, für unsere Sicherheit zu opfern? Wie mächtig sollten die (technischen) Werkzeuge des Staates sein? Wer überwacht ihre Nutzung? Und was passiert, wenn undemokratische Akteure, die sich nicht an den Rechtsstaat halten, die Kontrolle über den digitalen öffentlichen Raum erlangen?

Der Umgang mit Desinformation wirft zwangsläufig Fragen zur Meinungs- und Redefreiheit auf, die Kernbestandteile jeder Demokratie sind. In einigen Teilen der Welt sehen wir zudem, dass es die Regierungen oder die herrschenden Parteien selbst sind, die Desinformation verbreiten oder die Werkzeuge, die zu deren Bekämpfung entwickelt wurden, nutzen, um die freie Presse zu unterdrücken und Opposition zu ersticken. Daher muss staatliches Handeln in diesem Bereich begrenzt und transparent sein. Regierungen sollten den Nutzer:innen, Plattformen und Medien rechtliche Handhabe ermöglichen und so viele Zuständigkeiten wie möglich an unabhängige Institutionen delegieren, die einer breiten gesellschaftlichen Aufsicht unterliegen.

Staatliche Akteure nehmen in dieser Landschaft oft ambivalente Rollen ein: Einige Regierungen verbreiten aktiv Desinformation, andere verteidigen sich gegen ausländische Einmischung, und wieder andere konzentrieren sich auf die Aufklärung der Öffentlichkeit. Je nach Region ist die Rolle des Staates oft Gegenstand intensiver Debatten. Um demokratische Werte zu schützen, muss jeder Staat sich selbst zurückhalten, Transparenz bei seinen Handlungen gewährleisten und Checks and Balances etablieren, um Übergriffe zu verhindern. Der Kampf gegen Desinformation darf nicht zum Vorwand für die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten oder die Untergrabung des demokratischen Diskurses werden.

9 Demokratie ist mehr als Wahlen: Partizipative Modelle stärken

Der Kampf gegen Desinformation ist im Kern ein Kampf für eine stabile, widerstandsfähige und lebendige Demokratie. Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Debatten und Entscheidungen auf verlässlichen Fakten basieren. Was jedoch oft übersehen wird, ist, dass eine funktionierende demokratische Gesellschaft auch aktive Bürger:innen benötigt, die sich einbringen und die Gesellschaft mitgestalten.

Viele Menschen haben ein mechanistisches Verständnis von Demokratie, in dem Informationen in eine passive Öffentlichkeit fließen, Stimmungen erzeugt werden und am Ende Wahlergebnisse herauskommen. Dieses Verständnis ist sowohl theoretisch als auch praktisch falsch. Öffentlicher Diskurs und Demokratie sind keine passiven Prozesse. Wir brauchen eine aktive und vielfältige Zivilgesellschaft, die Räume für Interaktion, Austausch und sogar zivilisierten Widerspruch schafft.

Es ist entscheidend, Formate und Gelegenheiten zu schaffen, bei denen Bürger:innen die Politik beeinflussen, ihre Anliegen, Bedürfnisse und Ideen äußern können. In Gesellschaften, die solche Möglichkeiten bieten, wo Politik und Verwaltung auf Bürger:innen und die Zivilgesellschaft reagieren, hat Desinformation weniger Einfluss, und es wird schwieriger, durch Propaganda öffentliche Stimmungen aufzuheizen. Genau deshalb neigen autoritäre Regierungen dazu, den Raum der Zivilgesellschaft zu beschneiden und deliberative Partizipationsformen zu demontieren, um sie durch vereinfachte direkte Demokratieformate zu ersetzen, die lediglich dazu dienen, politische Maßnahmen zu legitimieren, ohne echte bürgerliche Ermächtigung oder politisches Engagement zu fördern.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist es wichtig, neue, innovative Formen der Bürgerbeteiligung – diskursiv, offen und gleichberechtigt – auf verschiedenen Regierungsebenen umzusetzen. Diese partizipativen

Modelle sind der Schlüssel zur Förderung eines faktenbasierten, transparenten politischen Diskurses, insbesondere bei kontroversen Themen, und um sicherzustellen, dass sich die Bürger in den demokratischen Prozess einbezogen und ermächtigt fühlen.

Forum against Fakes

In einem innovativen und umfassenden Bürgerbeteiligungsprozess kombinierte die Bertelsmann Stiftung die intensive, offline durchgeführte Arbeit eines Bürgerrats mit einem breiten Online-Konsultationsprozess, der über 1,5 Millionen zusätzliche Kommentare und Stimmen sammelte. Das „Forum gegen Fakes“ erarbeitete 28 Vorschläge zum Umgang mit Desinformation, die dem Bundesministerium des Innern vorgelegt wurden und in dessen Strategieprozess zur Bekämpfung von Desinformation einfließen werden.

10 Die Mischung macht's: Wir brauchen eine Vielzahl von Methoden und gewährleisten gegenseitiges Lernen

Es gibt keine Patentlösung. Die Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, lassen sich nicht durch eine einzige Maßnahme bewältigen. Ein erfolgreicher Ansatz erfordert eine Kombination aus sozialen, technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Strategien, die gemeinsam dauerhafte Ergebnisse liefern. Alle Akteure – Regierungen, Medien, Zivilgesellschaft und Technologieunternehmen – sollten voneinander lernen und gemeinsam daran arbeiten, ein widerstandsfähiges und vertrauenswürdiges Informationsökosystem zu fördern, auch über Grenzen hinweg.

Das bedeutet, dass unterschiedliche Methoden auf verschiedenen Stufen der „Wertschöpfungskette“ der Desinformation angewendet werden müssen. Wir benötigen Ansätze, die die Produktion und Verbreitung von Desinformation einschränken, ihre Identifizierung, Kennzeichnung oder Entfernung ermöglichen und Nutzer befähigen, besser mit Desinformation umzugehen oder weniger anfällig für deren Einfluss zu werden.

Die folgenden Strategien sind nicht abschließend, sollten jedoch neben den im Brief vorgestellten Ideen berücksichtigt werden:¹⁰

- **Förderung des Journalismus:** Die Unterstützung von Qualitätsjournalismus ist unerlässlich, um verlässliche Informationen bereitzustellen, die Desinformation entgegenwirken.
- **Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenz:** Die Aufklärung der Öffentlichkeit, um Medieninhalte kritisch zu bewerten und zu interpretieren, kann die Wirkung von Desinformation verringern.
- **Kennzeichnung von Inhalten:** Die Markierung verdächtiger Inhalte, Falschinformationen oder KI-generierter Materialien kann den Nutzer:innen helfen, Desinformation zu erkennen und zu navigieren.
- **Stärkung der Cybersicherheit:** Verbesserte Cybersicherheitsmaßnahmen können vor der Manipulation und Verbreitung falscher Informationen schützen.
- **Begrenzung der Sammlung privater Daten und personalisierter Werbung:** Die Reduzierung zielgerichteter Werbung auf der Grundlage privater Daten kann die finanziellen Anreize zur Verbreitung von Desinformation verringern.

Der Weg nach vorn: Sofortiges und umfassendes Handeln gegen Desinformation

Politisches Handeln ist erforderlich. Es gibt keine Patentlösung, und kein einzelner Akteur kann alles allein bewältigen. Stattdessen muss ein Netzwerk von Akteur:innen gemeinsam gegen böswillige Einflüsse

und für eine demokratische Öffentlichkeit vorgehen. Diese transnationalen, regionalen und internationalen Netzwerke müssen etabliert, gepflegt und finanziell unterstützt werden. Um der Desinformationsindustrie entgegenzutreten, benötigen wir ein widerstandsfähiges Ökosystem, das demokratische „Kontroversen“ vorlebt und fördert. Für Regierungen und politische Entscheidungsträger:innen bedeutet dies, dass die Debatte über mögliche Einschränkungen und den Schutz der Meinungsfreiheit offen und ehrlich geführt werden muss. Internationale Erfahrungen sind hier eine wichtige Korrektur, ebenso wie eine starke, gut vernetzte Zivilgesellschaft.

-
- 1 The Economist: Disinformation is on the rise. How does it work? May 1st, 2024. <https://www.economist.com/science-and-technology/2024/05/01/disinformation-is-on-the-rise-how-does-it-work>
 - 2 World Economic Forum (2024) Global Risk Report 2024. <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2024/>
 - 3 Auswärtiges Amt (2024): Deutschland im Fokus der pro-russischen Desinformationskampagne "Doppelgänger". <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2660362/73bcc0184167b438173e554ba-2be2636/technischer-bericht-desinformationskampagne-doppelgaenger-data.pdf>
 - 4 Unzicker, K. (2023): Disinformation – A Challenge for Democracy. Attitudes and Perceptions in Europe. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. DOI 10.11586/2023044
 - 5 Bernhard, L., Schulz, L., Berger, C., Unzicker, K. (2024) Disconcerted Public. Super election year 2024: Concerns about disinformation in Germany and the United States. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. DOI 10.11586/2024024
 - 6 Lewandowsky, S., Ecker, U.K.H., Cook, J. et al. Liars know they are lying: differentiating disinformation from disagreement. *Humanit Soc Sci Commun* 11, 986 (2024). <https://doi.org/10.1057/s41599-024-03503-6>
 - 7 Allcott, H./Gentzkow, M. (2017). Social Media and Fake News in the 2016 Election. In: *Journal of Economic Perspectives* 31(2), 211 – 236.
 - 8 Adam, D. (2024). Misinformation might sway elections – but not in the way that you think, In: *Nature* 630, 807 – 809
 - 9 Africa Center for Strategic Studies (2024): Mapping a Surge of Disinformation in Africa. <https://africacenter.org/spotlight/mapping-a-surge-of-disinformation-in-africa/>
 - 10 Bateman, J. & Jackson, D. (2024) Countering Disinformation Effectively. An Evidence-Based Policy Guide. Carnegie Endowment for international Peace.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

www.upgradedemocracy.de